

# W-2

**Titel** Grunderbe – weil alle erben sollten, was heute wenigen gehört

**Antragsteller\*innen** Jusos Oberbayern

**Adressat\*innen**

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

## Grunderbe – weil alle erben sollten, was heute wenigen gehört

- 1 Deutschland ist ein Ungleichland
- 2 In Deutschland ist das Vermögen sehr ungleich verteilt. Wenige besitzen sehr viel und große Teile der Bevölkerung leben an der Armutsgrenze. Wir wollen diese Schere zwischen arm und reich aufbrechen. Dabei muss ganz klar eine Umverteilung von den oberen 10% zu den unteren 90% erfolgen. Wir erkennen auch an, dass ostdeutsche Bundesländer von dieser Ungleichheit noch stärker betroffen sind und auch in dieser Richtung eine Umverteilung von West nach Ost stattfinden muss.
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 Das Ziel muss es sein, gerechtere Startbedingungen für alle Menschen zu schaffen und nicht nur wenigen die besten Chancen auf Bildung, Teilhabe, Mobilität und Mitbestimmung zu gönnen.
- 8
- 9 Das Grunderbe sehen wir als eine Maßnahme an, um der Ungleichverteilung entgegenzuwirken. Trotzdem möchten wir langfristig den demokratischen Sozialismus erreichen und kämpfen auch weiter für eine wirklich kostenlose Bildung, gerechtere Löhne, den kostenlosen ÖPNV, eine faire Rente und das Ende des Kapitalismus.
- 10
- 11
- 12
- 13 Dieser Antrag adressiert nicht die Frage, welche Rolle Vermögen in einer sozialistischen Gesellschaft spielt. Er bezieht sich aus einer reformistischen Sicht auf die konkrete Situation im Hier und Jetzt, in der gesellschaftliche Teilhabe sehr eng mit Vermögen zusammenhängt. Die Förderung von Vermögen für diejenigen, die aktuell vermögenslos sind, trägt dabei jedoch zu einer Egalisierung von Vermögen bei, dieser Effekt ist explizit erwünscht und beabsichtigt.
- 14
- 15
- 16
- 17
- 18 Vermögensungleichheit- warum sich etwas ändern muss
- 19 Vermögen ist in Deutschland enorm ungleich verteilt. Einige wenige kontrollieren den Großteil des Nettovermögens, sei es monetäres Vermögen, Immobilien oder Unternehmensanteile. Das reichste Prozent der Bevölkerung vereint rund 35% des gesamten gesellschaftlichen Vermögens, lediglich 10% der Bevölkerung kontrollieren über zwei Drittel des Vermögens.
- 20
- 21
- 22
- 23 73% der Millionär\*innen sind Selbstständige, kaum abhängig Beschäftigte und nur wenige Angestellte, davon fast alle aus leitenden Positionen. Beschäftigte haben kaum eine Möglichkeit, allein durch ihren Lohn Rücklagen aufzubauen oder gar Immobilien zu erwerben.
- 24
- 25
- 26 Wohneigentum ist in Deutschland extrem ungleich verteilt: Unter den 10% der Haushalte mit dem höchsten Nettovermögen verfügen 92% über vermietete Immobilien, die 20% mit dem niedrigsten Nettovermögen besitzen nur 2 %. Dabei sind mehr als 70% der vermieteten Immobilien in der Hand der 10% reichsten Haushalte. Die Wohneigentumsquote ist in keinem anderen EU-Land so niedrig wie in Deutschland. Nur 42% der Personen besitzen die Immobilie, die sie bewohnen, in Ostdeutschland sogar nur 37%. 1,3% der Deutschen besitzen hingegen Mietwohnungen, die sie in den meisten Fällen geerbt oder durch eine Erbschaft finanzieren konnten.
- 27
- 28
- 29
- 30
- 31
- 32

33 Das Vermögen in Deutschland ist nicht nur ungleich verteilt, sondern auch den patriarchalen, rassistischen  
34 und Ostdeutschland benachteiligten Strukturen folgend, die unsere Gesellschaft bis heute prägen. Die meis-  
35 ten Personen, die über ein Nettovermögen mit Wert von durchschnittlich ca. 3 Millionen Euro verfügen, sind  
36 männlich, haben keinen Migrationshintergrund und kommen aus Westdeutschland. Nur 6% der Millionär\*in-  
37 nen kommen aus Ostdeutschland, 14% haben einen Migrationshintergrund und 31% sind Frauen.

38 Die Ungleichheit in unserer Gesellschaft hat mitunter einen entscheidenden Grund: Vererbung ist der einfachs-  
39 te Weg ein Vermögen anzuhäufen. 400 Milliarden Euro werden (nach Berechnungen) jährlich in Deutschland  
40 vererbt oder verschenkt. Vererbung ist daher Ursache der Ungleichheit, zementiert diese und verschärft sie  
41 immer weiter.

42 Wer das Glück hatte, in eine reiche Familie geboren worden zu sein, die das Glück hatte, über Dekaden von  
43 keiner Krise betroffen gewesen zu sein, muss sich um die eigene wirtschaftliche Zukunft keine Gedanken ma-  
44 chen.

45 Die Ungleichverteilung des Erbes hängt dabei immer mit wiederkehrenden gesellschaftlichen Problemen zu-  
46 sammen. Unsere Gesellschaft ist geprägt von patriarchalen und rassistischen Strukturen, die sich über die  
47 vergangenen Jahrzehnten bis heute konstant halten. Männer erben häufiger als Frauen, weil besonders große  
48 Vermögen oder Unternehmen oft an Söhne statt Töchter vererbt werden. Nur Familien, die keinen historischen  
49 Bruch, durch Flucht oder Vertreibung, und keine systemische und gesellschaftliche Benachteiligung erfahren  
50 haben, können vererben. Und auch die Wiedervereinigung und der wirtschaftliche Profit einiger wenige, zu-  
51 meist Westdeutscher, auf die Kosten vieler Ostdeutscher haben Ungleichheiten verursacht, die bis heute nicht  
52 beseitigt werden konnten.

53 Einige Wenige kommen bereits abgesichert auf die Welt, müssen sich nie um ihren Lebensunterhalt sorgen,  
54 sondern können mit einem Erbe über Immobilien, Vermögenswerte oder Unternehmensanteile rechnen. Da-  
55 bei verdienen sie anschließend vom Grundbedürfnis Wohnen anderer Menschen und von deren Arbeitskraft,  
56 um ihr Vermögen weiter auszubauen.

57 Anderen hingegen bleiben Aufstiegschancen verwehrt. Die soziale Mobilität der Gesellschaft wird durch die  
58 Vermögensanhäufung einiger weniger massiv eingeschränkt. Sich durch Erwerbsarbeit über das Verdienst  
59 des Lebensunterhalts hinaus Rücklagen aufzubauen wird immer schwieriger, für weite Teile der Gesellschaft  
60 unmöglich.

61 Der Start in das selbstständige Leben ist der Punkt der größten Ungerechtigkeit. Die einen müssen sofort auf  
62 eigenen Füßen stehen, die anderen schweben über den Dingen. Vermögensvorteile zu Beginn des Lebens sind  
63 für die meisten nicht aufzuholen, erst recht nicht durch Lohnarbeit.

64 Für Berufsausbildung, Weiterbildung und selbstbestimmtes Leben bedeutet die Frage des Erbes einen großen  
65 Unterschied: Die einen können studieren, was sie wollen, Bildungsabschlüsse anhäufen bzw. ausbauen und  
66 sich dauerhaft weiterbilden. Die anderen müssen auf den schnellstmöglichen Abschluss setzen, möglichst  
67 schnell Geld verdienen und haben dabei weniger Chancen auf gute und gut bezahlte Arbeit.

68 Auch im Bezug auf den Aufbau von persönlichen Sicherungssystemen ist das Erbe ein enormer Vorsprung:  
69 Die einen besitzen seit ihrer Geburt Rücklagen und können problemlos weitere aufbauen, die anderen leben  
70 von ihrer Arbeit und können keine Mechanismen schaffen, die sie in schwierigen Zeiten auffangen. Vermögen  
71 reproduziert sich: Während die einen noch arbeiten und für die Miete bezahlen müssen, können andere, die  
72 eine Wohnung geerbt haben, das Geld zur Seite legen und den Gewinn reinvestieren.

73 Oft wird großes Vermögen verteidigt mit der Argumentation, dass es ja auch irgendwann erarbeitet wurde  
74 und den Menschen daher zusteht. Bei vielen Unternehmen – darunter beispielsweise BMW – ist das Vermögen  
75 mitunter auch ein Ergebnis von Ausbeutung. Viele große Industrieunternehmen haben in der NS-Zeit Zwangs-  
76 arbeiter\*innen beschäftigt und damit unrechtmäßige Vermögenswerte angehäuft.

77 Die Ungleichheit, die Erbschaften in der heutigen Form auslöst, können wir als sozialistischer Verband nicht  
78 tolerieren oder gar gutheißen. Eine Gesellschaft durch das Glück der vermögenden Geburt in vermögend und  
79 weniger privilegiert zu unterteilen, widerstrebt jedem Gedanken der Chancengerechtigkeit und den Zielen des  
80 demokratischen Sozialismus. Es gefährdet den sozialen Frieden und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft  
81 und führt zu großen Spannungen in der Gesellschaft einerseits und zu großer Unzufriedenheit und Belastung  
82 Einzelner andererseits.

83 Grunderbe – ein guter Start in das selbstbestimmte Leben

84 **Um den Start in das Erwachsenenleben für alle jungen Menschen möglichst chancengerecht zu gestalten,**  
85 **fordern wir die Einführung eines Grunderbes.**

86 Jeder Person, die die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt oder eine gewisse Mindestzahl an Jahren in Deutsch-  
87 land gelebt hat bekommt zu ihrem 18. Geburtstag den Fixbetrag von 60.000€ ausbezahlt. Der Betrag soll an  
88 die Inflation angepasst werden. Das bedeutet: Sinkt der Geldwert, steigt auch der Betrag des Grunderbes  
89 an.

90 Der Ostbeauftragte der Bundesregierung fordert ein Grunderbe in Höhe von 20.000€ und möchte auch die  
91 Auszahlung an bestimmte Zwecke knüpfen. Doch Studien zeigen, dass man nur durch ein höheres Grund-  
92 erbe merkliche Unterschiede in der Umverteilung wahrnimmt und erst ab diesem Betrag auch langfristige  
93 wirtschaftliche Reaktionen erkennbar sind.

94 **Wir fordern ein Grunderbe in Höhe von 60.000€, über das junge Erwachsene selbst entscheiden dürfen,**  
95 **wann und für was sie es ausgeben wollen.**

96 Wir müssen jungen Menschen zutrauen, ihre eigenen Entscheidungen für ihre Zukunft zu treffen und dürfen  
97 ihnen nicht ihre Entscheidungsfähigkeit absprechen. Der Umgang mit Geld sollte in der Schule und in der wei-  
98 teren Ausbildung thematisiert werden, sodass schon Kinder und Jugendliche sich dessen bewusst sind.

99 Mit dem Grunderbe sollen junge Menschen die Möglichkeit haben, mit gleicheren Chancen in das Leben zu  
100 starten und selbstbestimmt entscheiden zu können, welchen Weg sie in ihrem Leben gehen möchten. Viele jun-  
101 ge Menschen müssen sich heute zwischen ihren Interessen in der Weiterbildung und einem Job, der ihnen die  
102 Lebensgrundlage sichert, entscheiden. Aber auch Bedürfnisse nach Mobilität, Flexibilität und Freiheit werden  
103 durch finanzielle Zwänge eingeschränkt. Mit einem Grunderbe können junge Menschen ihren Bildungsweg  
104 freier gestalten und ihr Potenzial bestmöglich gestalten. So kommen wir einem gerecht verteilten Zugang zu  
105 Bildung und Qualifikation näher.

106 Egal ob das gewünschte Studium mit höheren Beiträgen einhergeht oder man beispielsweise ein Auslandsse-  
107 mester zur Stärkung der eigenen Persönlichkeit und zum Ausbau von interkultureller Kompetenz wahrnehmen  
108 möchte, all das wird dank einem Grunderbe möglich genauso wie die Finanzierung einer Ausbildung oder des  
109 Meisters.

110 Neben Bildung und Weiterbildung kann das Grunderbe auch zur Bildung von Rücklagen und damit für die  
111 Schaffung von privater Absicherung genutzt werden. Wir lehnen eine Vermögenanhäufung durch Privatper-  
112 sonen ab, sehen aber die Bildung von Rücklagen als legitimes Ziel an, um Abhängigkeiten von staatlichen Sozi-  
113 alstrukturen zu verhindern, um mehr Selbstbestimmung zu bewahren. Für Lebensphasen, in denen Personen  
114 weniger arbeiten wollen oder können, bieten Rücklagen Flexibilität und Planbarkeit. Zudem können Investitio-  
115 nen besser geplant und getätigt werden, wenn Rücklagen absichern können. Soziale Mobilität, selbstbestimm-  
116 tes Leben und Abfedern von unplanbaren Umständen können so erleichtert werden.

117 Außerdem hilft das Grunderbe dabei, das Vermögen innerhalb unserer Gesellschaft umzuverteilen. Wie im  
118 ersten Teil gezeigt, besitzen wenige Menschen viel und viele besitzen wenig. Diese Kluft kann durch das Grun-  
119 derbe verkleinert werden.

120 Hebt man die Erbschaftssteuer auf die größten Erbsummen an und besteuert auch den Übertrag von Immo-  
121 bilien und Unternehmen konsequent, so kann diese Umverteilung konsequent beschränkt werden und die  
122 benötigte Summe für die Auszahlung eines Grunderbes von 60.000€ problemlos abgebildet werden.

123 Reform der Erbschaftssteuer – Wie wir das finanzieren wollen

124 Eine konsequente Erbschaftssteuer ist ein gutes Mittel um Umverteilung zu erreichen. Vermögen, die von einer  
125 Generation in die nächste übergehen, müssen progressiv versteuert werden. Durch das Geld, das durch eine  
126 reformierte Erbschaftssteuer eingenommen werden kann, wollen wir das Grunderbe finanzieren.

127 Gegen (hohe) Erbschaftssteuern werden immer wieder Argumente von verschiedenen Seiten ins Feld geführt.  
128 Die Erbschaftssteuer ist aber tatsächlich ein faires Instrument und die Besteuerung von Erbmasse aus Motiven  
129 der Gerechtigkeit und Solidarität unabdingbar.

### 130 **Mittel der Umverteilung**

131 Niemand, der Nettovermögen erbt, hat etwas dafür getan, außer Kind bzw. Enkelkind zu sein. Erbe basiert  
132 nur auf dem Glück der wohlhabenden Geburt, wovon man schon in seiner Kindheit durch (häufig) bessere  
133 Unterstützung im Bildungsweg, mehr Möglichkeiten in der Freizeitgestaltung und höheren Lebensstil profitiert  
134 hat.

135 Es sollte nicht einigen wenigen Person ein Vermögen in den Schoß fallen, das sie für den Rest ihres Lebens ab-  
136 sichert und Lohnarbeit zur Nebensache macht, wohingegen diese für andere, die das Glück des Erbens nicht  
137 hatten, existentiell ist und eine Selbstabsicherung in den meisten Fällen trotz Anstrengungen nicht ermög-  
138 licht.

139 Erbe ist erwirtschaftet durch die Eltern, Großeltern, andere Verwandte oder Bekannte. Auch wenn sie dieses  
140 erwirtschaftete Nettovermögen bereits versteuert haben, die Empfänger\*in hat für diese Zuwendung nichts  
141 getan, profitiert aber ebenso von den infrastrukturellen und staatlichen/gesellschaftlichen Voraussetzungen,  
142 die den Aufbau und die Weitergabe des Vermögens ermöglicht haben. Es ist deshalb nur gerecht, dass sie dem  
143 Staat und damit der Gesellschaft etwas zurückgibt und damit die Schaffung und den Erhalt von Infrastruktur  
144 und staatlichen Systemen unterstützt.

145 Dabei stehen nicht die Familien im besonderen Blickpunkt, die seit Generationen eine Immobilie vererben oder  
146 die, bei denen die Erblasser eine Immobilie erworben haben, auch im Gedanken daran, die eigenen Nachkom-  
147 men zu unterstützen. Vielmehr sollen die Erbschaften in den Fokus genommen werden, die sich über massive  
148 Vermögenswerte, Immobilien und Unternehmensanteile erstrecken und die Erbenden für ihr gesamtes Leben  
149 versorgen. Besonders solche Erben werden aktuell kaum bzw. viel zu wenig von der Erbschaftssteuer tangiert.  
150 Denn gerade die, die ansonsten den radikalen Leistungsgedanken predigen, haben das System, das für mehr  
151 Chancengerechtigkeit und weniger Zufallsvermögen steht, korrumpiert und bremsen Maßnahmen aus.

### 152 **Erbschaftssteuer ein zahloser Tiger**

153 Die aktuelle Erbschaftssteuer ist ein zahloser Tiger, d.h. sie erzielt nicht die notwendigen Umverteilungsmaß-  
154 nahmen und ist stattdessen höchst ungerecht, denn gerade die, die viel erben, zahlen wenig Steuern.

155 Die Erbschaftssteuer ist im Schnitt weitaus geringer als die auf geleistete Lohnarbeit. Berechnet man aus der  
156 Erbmasse an Nettovermögen aus 2021 (400 Milliarden Euro) und der tatsächlich eingenommenen Summe an  
157 Erbschaftssteuer (11 Milliarden Euro), so ergibt das, dass 2021 im Schnitt nur 2,7% Erbschaftssteuer gezahlt  
158 wurde. Das liegt zum einen daran, dass nur ein Bruchteil des tatsächlich vererbten Nettovermögens auch vom  
159 Finanzamt veranlagt wurde (118 Milliarden) und zum anderen daran, dass auch hier nur 9,4% Steuer im Schnitt  
160 bezahlt wurden.

161 Die Steuer ist also insgesamt zu niedrig und zu viele Freibeträge werden erst gar nicht besteuert. Dabei sind  
162 es Betriebsvermögen und großer Immobilienbesitz, die nicht adäquat besteuert werden. Das Szenario, dass  
163 Betriebe vererbt werden und im Anschluss die halbe Belegschaft entlassen müssen, ist nicht realistisch, statt-  
164 dessen werden große Vermögen an der Steuer vorbei vererbt. Durch die Steuer auf Immobilien-Erbe ist aktuell  
165 mehr das Familienhaus als der Großgrundbesitz oder der vermietete Wohnblock betroffen.

### 166 **neu denken – konsequent und gerecht**

167 Die Erbschaftssteuer muss neu gedacht werden, um die höchsten Erbschaften, sowie die Erbschaften auf Un-  
168 ternehmensvermögen und Immobilien endlich konsequent zu besteuern.

### 169 ***Wir fordern als Hauptziel, die vererbten Betriebsvermögen endlich in den Blick zu nehmen.***

170 Besonders Anteilseigner\*innen bei Holdings oder an Aktiengesellschaften müssen im Falle eines Erbes deut-  
171 lich stärker zur Kasse gebeten werden.

172 Aber auch mittelständische Unternehmen müssen ihren Beitrag leisten. Die Erbschaftssteuer muss erhöht  
173 werden. Freibeträge sollen auch weiterhin gewährt werden, allerdings gemessen an der Größe der Unterneh-  
174 men, insgesamt geringer als bisher und nur an Betriebe, die im Gegenzug ihre Betriebsstrukturen demokra-  
175 tisieren. So erhalten die Mitarbeiter\*innen mehr Möglichkeiten zur Mitbestimmung und Teilhabe.

176 Erbschaftssteuer muss nicht auf einmal gezahlt werden. Wir fordern, dass die Erbschaftssteuer auf Betriebe  
177 über mindestens 10 Jahre bezahlt werden muss und dabei der Erfolg/Misserfolg der Unternehmen zu einer

178 Erhöhung/Reduzierung der Steuersumme führt.

179 **Als weitere wichtige Maßnahme fordern wir konsequente Besteuerung von Immobilieneigentum.**

180 Die Besteuerung soll dabei an die Anzahl der Immobilien gekoppelt werden, sodass eine Immobilie, die selbst  
181 bewohnt wird, bis zu einer gewissen Größe zu verminderter Erbschaftssteuer und großzügigen Freibeträgen  
182 vererbt werden kann.

183 In besonderen Fällen wollen wir nachhaltige und langfristige Kreditmöglichkeiten (z. B. KfW-Kredite) ermögli-  
184 chen. Im Gegenzug sollen diese günstigen staatlichen Kredite im Grundbuch gesichert werden. So soll der Staat  
185 oder die Kommune eine Möglichkeit zum preisgünstigen Erwerb erhalten, sollte der Kredit nicht zurückgezahlt  
186 werden können. Zusätzlich soll ein kommunales oder staatliches, preislimitiertes Vorkaufsrecht eingetragen  
187 werden, um Freibeträge und öffentliche Mittel abzusichern und auszugleichen, die zugunsten von Privateigen-  
188 tum gewährt werden.

189 Durch ausreichende Freibeträge beim selbstgenutzten Immobilieneigentum und einem Fokus auf die Gesamt-  
190 anzahl der vererbten Wohneinheiten kann sichergestellt werden, dass nicht die Familien, die eine Immobilie  
191 weitergeben möchten, diese verkaufen müssen, sondern tatsächlich große Immobilienerbschaften vermehrt  
192 in den Blick genommen werden. Wir wollen mit diesen Regelungen eben nicht den Erhalt von Omas Einfami-  
193 lienhäuschen erschweren, das einfach nur in der Familie bleiben soll. Dieses Argument wird in der aktuellen  
194 Debatte lediglich vorgeschoben um Reformen zu verhindern, die auf Multimillionär\*innen abzielen.

195 Freibeträge bei der Erbschaftssteuer sollen künftig im Gegenzug an bezahlbare Mieten gekoppelt sein. Aller-  
196 dings sollen Begünstigungen wie Freibeträge nur für den Erstwohnsitz gelten, wodurch die Erbschaftssteuer  
197 bei allen weiteren, nicht als Erstwohnsitz selbstgenutzten Immobilien-Erbschaften erhöht wird. Bei vermiete-  
198 ten Wohnungen ist ein Freibetrag nur dann denkbar, wenn im Gegenzug die Miete bezahlbar ist und bleibt  
199 und dies grundbuchlich gesichert wird.

200 Eine Regionalisierung der Freibeträge und Steuersätze widerspricht dem im Grundgesetz enthaltenen Grund-  
201 satz der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Wir erteilen diesen Vorschlag daher eine klare Absage. Eine  
202 Regionalisierung der Freibeträge und Steuersätze wie von der CSU gefordert würde dazu führen, dass in rei-  
203 chen Ländern wie Bayern ein niedrigerer Steuersatz gilt. Dies widerspricht jedoch dem Ansatz eines progres-  
204 siven Steuermodells und dem Ziel, Reiche stärker in Anspruch zu nehmen.

205 Außerdem würde eine Regionalisierung Tür und Tor für weitere Steuervergünstigungen auch in den "ärmeren"  
206 Bundesländern öffnen und die geforderte bundesweite Regelung aushöhlen.

207 **Wir fordern, dass die monetären Vermögen stärker von der Erbschaftssteuer erfasst werden und diese Be-  
208 steuerung progressiv erfolgen muss.**

209 **Zudem müssen Freibeträge auf die insgesamt Höhe des geerbten Nettovermögens im Leben der Person be-  
210 schränkt werden.** Dadurch sind Freibeträge bei Mehrfach-Erbschaften nur bis zu einer gewissen kumulierten  
211 Gesamtsumme möglich.

212 Vermögensumverteilung – weil der Start nicht der ganze Lauf ist

213 Im Laufe des Lebens kommt jede\*r immer wieder in Situationen, in denen die Ungleichheit die Person di-  
214 rekt betrifft und einschränkt. Gegen viele Probleme, die das Grunderbe wirken kann, gibt es auch andere  
215 Lösungsansätze, die in Teilen schon bestehen und ausgebaut werden müssen oder die wir seit Jahren for-  
216 dern. Das Grunderbe ersetzt weder BAFöG noch Rente, weder staatlichen Wohnungsbau, noch Kindergeld. Es  
217 dient nicht als Ausrede, um andere Forderungen fallen zu lassen, sondern muss eingepflegt werden in einen  
218 Katalog an Maßnahmen, mit Hilfe derer die massive Ungleichheit in Deutschland beendet werden kann. Nur  
219 mit einem engmaschigen Netz an Maßnahmen, die in vielen verschiedenen Lebensbereichen wirken, können  
220 wir Umverteilung erreichen und verhindern, dass die erwünschten Effekte des Grunderbes verpuffen.

221 Das Grunderbe allein ist nicht genug und reicht nicht aus, kann aber ein wichtiger Baustein sein. Wir bekräf-  
222 tigen deshalb bestehende Forderungen und Positionen der Jusos zu kostenloser Bildung, einer armutsfesten  
223 Grundsicherung insbesondere für junge Menschen und gute, existenzsichernde Löhne, die sozialen Aufstieg  
224 ermöglichen. Außerdem braucht es eine Sicherung von Einkommen im Alter durch gute Rente und einen re-  
225 spektvollen Staat, der bei Verlust der Arbeitsstelle fördert und respektvoll mit Erwerbslosen umgeht.

226 Bevor das Grunderbe zum 18. Geburtstag ausbezahlt wird, braucht es während der Kindheit Maßnahmen zur  
227 Chancengerechtigkeit. Bildung muss kostenlos sein, egal ob die Busfahrt zur Schule, das digitale Endgerät oder  
228 die Nachhilfestunde. Bildungschancen dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Es braucht zudem  
229 grundsichernde Maßnahmen, um zu Verhindern, dass Kinder in Armut aufwachsen. Dazu benötigt es eine  
230 echte Reform von Hartz 4 und mehr Unterstützung für Kinder aus Haushalten, die sie weniger unterstützen  
231 können.

232 Das Grunderbe ist eine Erleichterung zum Studien- oder Ausbildungsstart und kann auch zur finanziellen Be-  
233 gleitung genutzt werden. Es darf allerdings nicht zum Ersatz für BAFöG oder Mindestauszubildendenvergütung  
234 werden. Das BAföG muss angehoben und elternunabhängig ausbezahlt werden. Auszubildende müssen fair  
235 bezahlt werden und durch die Mindestauszubildendenvergütung einen guten Lebensstandard während der Be-  
236 rufsausbildung, während der sie bereits wertvolle Arbeit leisten, erreichen können.

237 Im Arbeitsleben müssen für viele Arbeitnehmer\*innen aus verschiedenen Branchen die Löhne erhöht werden.  
238 Es braucht einen Mindestlohn, der wirklich zum Leben ausreicht und mit der Inflation auch anwächst. Bran-  
239 chenmindestlöhne müssen angehoben werden, Grundversorgung muss in öffentliche Hand und der Staat als  
240 Arbeitgeber für z. B. Pflegekräfte bessere Löhne auszahlen.

241 Menschen, die ihren Job verlieren, müssen gefördert und nicht bestraft werden. Sie müssen bei der Bewälti-  
242 gung von Problemen und bei der Suche nach einer neuen Anstellung unterstützt und die Unterdrücksetzung  
243 beendet werden. Dazu braucht es ein echtes Bürger\*innengeld, keine Umbenennung von Hartz IV.

244 Mit einer Vermögens- und Grundsteuerreform müssen diejenigen einen Anteil an die Allgemeinheit abgeben,  
245 die mehr als genug besitzen. In den meisten Fällen begründet sich ihr Vermögen aus Erbmassen oder der  
246 Ausnutzung der Arbeitskraft anderer Personen. Das Vermögen in Deutschland muss umverteilt werden, bzw.  
247 diejenigen, die unverhältnismäßiges Vermögen besitzen, müssen Teile davon abgeben, um öffentliche Infra-  
248 struktur und Daseinsvorsorge aufrechtzuerhalten. Die Verteilung von Grund und Boden muss grundlegend  
249 verändert werden. Große Immobilienkonzerne und Besitzer\*innen zahlreicher Mietobjekte müssen enteignet  
250 werden, der Vermieter der allermeisten Wohnungen sollte der Staat sein. Grundstücke in kommunalem oder  
251 staatlichem Besitz werden nicht mehr veräußert. Die Nutzung kommunaler oder staatlicher Grundstücke z. B.  
252 für eigengenutzten Wohnraum soll nur noch im Rahmen von Erbbaurechtsverträgen erfolgen. Als Zukunftsvi-  
253 sion sollte niemand mehr Wohneigentum besitzen.

254 Jeder Mensch sollte die Möglichkeit haben, sich in seinem Arbeitsleben für die Rente abzusichern. Dafür  
255 braucht es ein stabiles Rentensystem, eine Grundrente, die zum Leben ausreicht und keine Anhebung des  
256 Renteneintrittsalters.

257 Es braucht in Deutschland eine massive Umverteilung und dafür weitreichende und umfangreiche Maßnah-  
258 men. Das Grunderbe muss eine davon sein, auf dem Weg zu einem gerechten Start in das Leben für alle  
259 Menschen, egal wer sie sind und aus welchen Verhältnissen sie kommen.

## Antragsteller\*innen

Jusos Oberbayern

**E-Mail:** buero@jusos-obb.de

**Telefon:**